

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 4 vom 21. März 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Seraina Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Ber, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträtinnen Katharina Ali-Oesch, Michelle Marbach, Margrit Schwander und Cloe Weber sowie Stadtrat Andreas Kübli
Schluss der Sitzung	21:50 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Im Speziellen wird die neue Protokollantin Annique Hari begrüsst, welche heute Laura Erni über die Schultern blickt. Es wird auf die längere Sitzungsdauer sowie auf die aufliegende, aktualisierte Traktandenliste (mit Geschäft Wechsel in den Sachkommissionen) aufmerksam gemacht. Der Rat hat keine Einwände zur Traktandenliste, diese gilt als genehmigt.

36. Protokoll

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

37. Stadträtliche Kommissionen

Wechsel in den Sachkommissionen Präsidiales und Stadtentwicklung (P+StE) sowie Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU) und Wahl eines neuen Präsidiums für die Sachkommission FiRU; Antrag der Präsidienkonferenz

Bericht der Präsidienkonferenz Nr. 14/2019

Der Stadtratspräsident informiert über den Wechsel in den Sachkommissionen. Grund dafür ist der Parteiwechsel von Thomas Rosenberg, welcher von der glp zu den Grünen gewechselt hat. Die Präsidienkonferenz beantragt die vorliegende Umsetzung. Mit dieser Lösung wird Art. 23 des Geschäftsreglements des Stadtrats, wonach Fraktionen mit mindestens fünf Mitgliedern einen Sitz in jeder SAKO haben Rechnung getragen.

Der Rat genehmigt stillschweigend den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Art. 34 Stadtverfassung und Art. 21 Geschäftsreglement des Stadtrats, **beschliesst:**

1. Wechsel in den Sachkommissionen wie folgt
 - Seraina Graf, Grüne/JG neu: SAKO FiRU (bisher SAKO P+StE)
 - Nicole Krenger, glp/BDP neu: SAKO P+StE (bisher SAKO FiRU)
2. Präsidium 2019 in der SAKO FiRU: Daniela Huber Notter, glp/BDP (anstelle der in die SAKO P+StE wechselnden Nicole Krenger)
3. Sämtliche Wechsel erfolgen per 21. März 2019.

38. Thuner Innenstadt – Attraktivierung der öffentlichen Räume

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 230'000 Franken für die Durchführung eines Studienverfahrens zur Attraktivierung der Aussenräume in der Thuner Innenstadt

Bericht des Gemeinderates Nr. 10/2019

Stadtpräsident Raphael Lanz informiert über vergangene Massnahmen. Zu diesem Thema wurden in den vergangenen Monaten etliche Vorstösse überwiesen. Es ist der richtige Zeitpunkt für das vorgeschlagene Studienverfahren. Eine Gesamtbetrachtung ist kostengünstiger als einzelne Prüfaufträge, zumal das Know-How nicht gleichermassen vorhanden wäre. In der Fragestunde wurde eine Anfrage zur Partizipation eingereicht. Die Beantwortung liegt auf. Die Wichtigkeit der Partizipation wird unterstrichen. Die zuständige Sachkommission wird informiert und kann ihre Sichtweise einbringen.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO P+StE**, empfiehlt das Geschäft mit 6 : 0 Stimmen bei bei 2 Enthaltungen zur Annahme. Eine Gesamtsicht ist sinnvoll und notwendig. Viele Ideen und Bedürfnisse sind vorhanden,

die zuerst geordnet werden müssen. Es ist wichtig, dass alle Massnahmen gesamtheitlich und nicht einzeln betrachtet werden. Folgekosten sind zu erwarten. Es braucht eine Jury, bestehend aus externen Personen, die eine Aussensicht einbringt und die Resultate sichert. Der Fachausschuss kann diese Aufgabe nicht übernehmen. Die SAKO legt Wert auf einen zielgerichteten und geführten Prozess. Die Formulierung des Programms ist absolut entscheidend. Es sollte der SAKO zugestellt werden. Damit kann zur Qualitätssicherung und zu einer politischen Ausgewogenheit beigetragen werden. Gleichzeitig können Schlagseiten korrigiert werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt das Vorgehen. Der Prozess muss insbesondere von der zuständigen SAKO eng begleitet werden, um am Ende böse Überraschungen wie beispielsweise nicht realisierbare Projekte zu verhindern. Das Geschäft wird als Bringschuld angesehen. Die Fraktion stimmt dem Resultat zu.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Der provisorische Massnahmenkatalog scheint in Ordnung zu sein. Die Abstimmung und Koordination mit anderen Projekten müssen sorgfältig geschehen, um nicht zweispurig zu fahren. Bei der Verkehrsanbindung ist es wichtig, dass alle Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt werden, speziell auch der Langsamverkehr. Eine Gesamtsicht ist vorerst sinnvoll. Am Ende soll jedoch ein konkretes Ergebnis vorliegen. Die SAKO und damit auch die Politik sollen weiterhin involviert bleiben.

Markus van Wijk (FDP) unterstützt die generelle Stossrichtung des Geschäfts. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen Hand in Hand mit den Geschäften der Innenstadt und Privaten entwickelt werden. Es wird sich zeigen, ob das gewählte offen ausgeschriebene Planungsverfahren zielführend ist. Bei dem umfangreichen Massnahmenkatalog stellt sich die Frage nach Prioritäten. Die Kosten sind zwar hoch, wurden aber im Aufgaben- und Finanzplan eingestellt und somit vom Stadtrat akzeptiert. Der sportliche Zeitplan wird begrüsst. Es ist fraglich, wie die Massnahmen im Raum des Bahnhofs als Entwicklungsschwerpunkt umgesetzt werden können. Die FDP stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, begrüsst eine Attraktivierung der öffentlichen Räume und der Innenstadt. Das Geschäft wird erläutert. Die hohen Planungskosten werden kritisiert. Die Fraktion hat sich davon überzeugen lassen, dass eine Gesamtsicht günstiger kommt als viele Einzelprojekte. Es wird darauf gehofft, dass die Planungskosten durch die Attraktivierung wieder eingespielt werden können. Es soll kein Geld für Projekte ausgegeben werden, aus denen sich kein konkreter Nutzen ergibt. Es wird begrüsst, dass die zuständige Kommission anstelle einer Spezialkommission transparent informiert und mit einbezogen wird. Das Gesamtkonzept soll keine starre Regelung mit einem späteren Denkverbot sein. Die proaktive Vorgehensweise des Gemeinderates wird positiv hervorgehoben. Die Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erfreut darüber, dass mit der Studie über die Stadtgrenze hinausgeschaut wird. Der Detailhandel hat aufgrund des Onlinehandels in allen Städten Schwierigkeiten. Eine attraktive und lebendige Innenstadt wird gewünscht. Kritisiert wird die fehlende Partizipation in der jüngeren Vergangenheit. Die Zusammenarbeit ist gerade in der Innenstadt sehr wichtig und soll verbessert werden. Herr Schori dankt für die Beantwortung der Fragestunde. Die Vorstellungen des Gemeinderates und der Fraktion liegen nahe beieinander. Die Antwort des Gemeinderates lässt schliessen, dass sich der Gemeinderat einem zusätzlichen Gefäss nicht grundsätzlich widersetzt. Der vorgeschlagene zeitnahe Einbezug von Akteuren und Akteurinnen wird begrüsst. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, hat sich seit Jahren für eine Attraktivierung der Innenstadt eingesetzt und ist erfreut über die gesamtheitliche Betrachtung. Eine breite Partizipation ist notwendig und muss sichergestellt werden. Es wird kritisiert, dass nur selektiv Ansprechpartner genannt wurden. Es ist unklar, wie es mit den restlichen Stakeholdern aussieht. Der VCS, Pro Natura oder Pro Velo könnten beispielsweise ebenfalls ihren Teil beitragen. Zudem stellt sich die Frage, wie die Massnahmen bezüglich Umweltverträglichkeit aussehen sollen. Es könnte zum Beispiel eine Umweltfachstelle in die interne Projektgruppe aufgenommen werden. Zudem stellt sich die Frage, ob die geplanten Brücken für den Einbahnverkehr mit in die Gesamtsicht einbezogen werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz hatte nicht die Absicht, eine selektive Liste zu erstellen. Eine ausgewogene Partizipation wird angestrebt. Dennoch muss ein pragmatischer Weg gewählt werden, denn je breiter die Partizipation ist, desto länger und schwieriger wird der Weg. Er sichert Stadtrat Hiltbold zu, dass die aufgezählten Akteure nicht ausgeschlossen werden sollen. Da es sich um eine Gesamtbetrachtung handelt, ist eine Abstimmung zwischen der internen Fachstelle Umwelt und dem Tiefbauamt essentiell. Die Studie soll aufzeigen, was mit einem vernünftigen Aufwand machbar ist und was nicht. Die einzelnen Massnahmen können auf ihre Realisierbarkeit überprüft und im Aufgaben- und Finanzplan abgebildet werden. Zu Stadtrat Schoris Votum informiert Herr Lanz, dass zuerst der Kreditantrag gestellt wird, bevor das Verfahren eröffnet wird. Erst in einem nächsten Schritt werden die zuständigen Mitarbeitenden sowie der Stadtarchitekt mit einbezogen. Er dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 6. Februar 2019, **beschliesst**:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 230'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5612.5290.014 (Bilanzkonto 14290.10.01) für die Durchführung eines Studienverfahrens zur Attraktivierung der Aussenräume in der Thuner Innenstadt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

39. Unterstützung der Hotelfachschule Thun

Gewährung eines Darlehens in der Höhe von 1 Mio. Franken für den Bau einer Campus Lodge und eines Teachers

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2019

Stadtpräsident Raphael Lanz erläutert das Geschäft. Die Hotelfachschule befand sich bereits vor den kantonalen Beschlüssen in einem Strategieprozess. Die vorgelegte Strategie hat den Gemeinderat überzeugt. Möglicherweise ist die Hotelfachschule mittel- und langfristig auf weniger öffentliche Gelder angewiesen. Mit dem Darlehen soll ein klares Zeichen für die Hotelfachschule und die neue Strategie gesetzt werden. Auch andere Institutionen sollen zu einer finanziellen Unterstützung animiert werden. Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass das Geld zusammenkommt.

Peter Aegerter, **SAKO P+StE**, hat das Thema intensiv diskutiert. Das Geschäft wird erläutert. Der Standort der Hotelfachschule wird als sehr gut erachtet. Die Stadt Thun als Mitglied des Stiftungsrates hat sich über die künftige Ausrichtung der Schule Gedanken gemacht. Mit der definierten Strategie sollen der Bestand und der Betrieb der Hotelfachschule längerfristig gesichert werden. Die für Thun einmalige Ausbildungsstätte soll unbedingt erhalten bleiben. Betreffend Finanzierung wird darauf hingewiesen, dass diese durch die öffentliche Hand und verschiedene Institutionen sichergestellt wird und auf einen guten Ausgang schliessen lässt. In der Sachkommission wurde darüber diskutiert, ob die Auszahlung des Darlehens an eine Mitmacherbedingung geknüpft sein soll. Der Gemeinderat hat aus taktischen Gründen bewusst darauf verzichtet. Es ist fraglich, ob dies zielführend ist. Weiter hat sich die Frage gestellt, ob das Darlehen in jedem Fall ausbezahlt wird oder zuerst eine gewisse Anzahl an verbindlichen Unterstützungsgeldern zugesichert werden muss. Der Gemeinderat möchte ein Zeichen setzen und das Darlehen ohne solche Bedingungen gewähren, zumal die Vorzeichen gut sind. Die SAKO glaubt an die Chancen, welche im Rahmen der Gesamtbeurteilung aufgezeigt wurden. Sowohl der Tourismus wie auch die Hotellerie in Thun sind ausbaufähig. Die Hotelfachschule hat für Thun eine grosse Bedeutung. Die Kommission hofft auf ein deutliches Zeichen und empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, steht nach wie vor geschlossen hinter der Hotelfachschule. Es handelt sich um eine wichtige Ausbildungsstätte an einem guten Standort. Die Strategie ist nachvollziehbar und bringt viele Chancen mit sich. Es wird als zielführend betrachtet, dass die Stadt Thun vorangeht und ein positives

Zeichen setzt. Die Darlehensgewährung wird als risikofrei betrachtet. Die Fraktion unterstützt die Darlehensgewährung.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführlichen Informationen. Durch die kantonalen Sparmassnahmen werden lediglich eine Kostenumlagerung und damit keine Einsparungen erreicht. Studierende können ihr Wissen vor Ort erlernen und direkt anwenden. Dabei handelt es sich um nachhaltiges Lernen. Mit der Erweiterung der Hotelfachschule wird die Qualität der Ausbildung erhöht, gleichzeitig werden durch das Angebot Studierende ins Oberland gelockt. Zudem wird das Quartier durch das Hotel belebt. Die zusätzlichen Hotelzimmer können auch für das KKThun förderlich sein. Mit dem zinslosen Darlehen soll die Stadt Thun ein Zeichen setzen. Die Fraktion wünscht sich Taten und folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates.

Markus van Wijk (FDP) weist darauf hin, dass es in Thun nicht viele Bildungsinstitutionen der tertiären Stufe gibt. Es handelt sich um eine unabdingbare Aufgabe der Stadt. Die FDP ist erfreut über die proaktive, interessante und zukunftsgerichtete Strategie. Das gewählte Konzept überzeugt. Herr van Wijk weist darauf hin, dass andere Hotelfachschulen ebenfalls massiv unterstützt werden. Betreffend Gesamtfinanzierung hofft die Fraktion auf ein klares Signal und eine positive Beeinflussung der übrigen Geldgeber. Die Investition lohnt sich. Besondere Ereignisse erfordern besondere Massnahmen. Die FDP teilt die Gesamtbeurteilung des Gemeinderates und stimmt dem Antrag mit Überzeugung einstimmig zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt die Darlehensgewährung. Solche Projekte sind entscheidend für die gesamte Region. Fachkräfte können in der Region bleiben. Es lohnt sich in Bildung, Innovation und Unternehmen zu investieren. Die breite Suche nach Mitteln zeugt von einem sorgfältigen und engagierten Vorgehen. Die Fraktion hofft darauf, dass das Thuner Politsignal Wirkung zeigt und wünscht dem Projekt und allen Beteiligten viel Erfolg, Leidenschaft und Ausdauer.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, unterstützt das Darlehen einstimmig. Es soll ein politisches Zeichen gesetzt werden gegen die Kürzungen des Kantons. Die Fraktion hat sich vom Konzept überzeugen lassen. Die Hotelfachschule ist für die Region und auch für den Tourismus wichtig. Ein gewinnbringender Austausch mit dem Berner Oberland kann stattfinden. Zudem werden junge Menschen in die Region gelockt. In Anbetracht der Konkurrenz ist es sinnvoll, die veraltete Infrastruktur zu modernisieren. Die geplante Neupositionierung wird positiv hervorgehoben. Es ist erfreulich, dass sich andere voraussichtlich ebenfalls beteiligen. Alle Mitglieder des Stiftungsrates sollen sich gleich positionieren und solidarisch ein wichtiges Zeichen setzen. Begrüsst wird, dass alle Mitglieder des Stiftungsrates bezüglich Darlehensbedingungen gleichgestellt sind und solidarisch ein wichtiges Zeichen setzen. Frau Krenger weist darauf hin, dass eine finanzielle Unterstützung von Nachbargemeinden wünschenswert wäre.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, findet es lobenswert, dass die Stadt Thun mit gutem Beispiel vorangeht und Vertrauen in die Hotelfachschule setzt. Es ist wichtig, die Ausbildungsmöglichkeiten in Thun zu fördern und wettbewerbsfähig zu bleiben. Für das Berner Oberland, die Hotellerie und den Tourismus ist der Fortbestand der Hotelfachschule wichtig. Die Idee eines Laborhotels tönt spannend. Betreffend Zeitplan und Vorgehen wird darauf hingewiesen, dass viel Optimismus an den Tag gelegt wird. Die Fraktion stimmt dem Darlehen zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe e der Stadtverfassung, und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Februar 2019, **beschliesst**:

1. Genehmigung eines rückzahlbaren, zinsfreien Darlehens in der Höhe von 1 Mio. Franken mit einer Laufzeit von 15 Jahren an die Hotelfachschule Thun.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

40. Regionale Schwimmbhalle Heimberg

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von maximal 150'000 Franken für die Kostenbeteiligung der Stadt Thun am Vorprojekt der Genossenschaft Sportzentrum Heimberg

Bericht des Gemeinderates Nr. 13/2019

Gemeinderat Roman Gimmel informiert über die Hintergründe des Geschäfts. Die Machbarkeitsstudie in Oberhofen hat gezeigt, dass die Hürden dort zu hoch wären. Beim Hallenbad in Heimberg sind gewisse Hürden gar nicht erst vorhanden. Die Infrastruktur ist durch das bestehende Hallenbad bereits gegeben. Zudem handelt es sich um die richtige Zone. Die Stadt Thun wurde gebeten, sich mit einem Beitrag in der Höhe von 169'000 Franken und damit mit mehr als der Hälfte des Vorprojektkredites zu beteiligen. Grund dafür ist der proportionale Anteil, gegeben durch die absolute Bevölkerungszahl der Stadt Thun. Diesbezüglich soll ausgewiesen werden, wie viele Personen von welcher Gemeinde das Hallenbad besuchen. Es stellt sich die Frage, ob zuerst gezahlt werden soll, damit der Bau starten kann. Parallel dazu könnte die Kostenverteilung diskutiert werden. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass zuerst die Frage nach der Kostenverteilung geklärt werden soll, bevor die verschiedenen Phasen finanziert werden. Mit dem vorliegenden Geschäft soll ein Signal nach Heimberg, aber auch an die umliegenden Gemeinden gesendet werden. Mit einer Obergrenze von 150'000 Franken möchte der Gemeinderat in die Verhandlungen um den Verteilungsschlüssel gehen.

Barbara Klossner-Beer, **SAKO BiSK**, dankt dem Gemeinderat für die übersichtlichen und vollständigen Unterlagen. Seit Jahrzehnten ist das fehlende Hallenbad in Thun ein Thema. Das vorliegende mehrmals optimierte Projekt hat die SAKO überzeugt. Mit dem Verpflichtungskredit kommt man dem Ziel näher, mehr gedeckte Wasserflächen zu schaffen. Es hat sich in der SAKO die Frage gestellt, warum kein 50-Meter-Becken sowie ein Lern- und Therapiebecken gebaut wird. Das Lernschwimmbecken im Schulhaus Progympatte wird bis im 2021 weiter zur Verfügung stehen und für die notwendige Sanierung dieses Lernschwimmbeckens wurde bereits im AFP für 2021 ein Beitrag eingestellt. Durch die Kostenbeteiligung soll das Hallenbad Heimberg Schulen für den Schwimmunterricht zur Verfügung stehen. Frau Klossner-Beer weist darauf hin, dass ein Darlehen nie zur Diskussion stand. Es handelt sich um eine einmalige Beteiligung an den Investitionskosten, jedoch nicht an den Betriebskosten. Die SAKO stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig bei drei Abwesenheiten zu.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, hat das Geschäft kritisch geprüft. Eine regionale Hallenbadlösung ist richtig. Die Wichtigkeit von regionaler Solidarität wird hervorgehoben. Die Höhe der Kostenbeteiligung wird in Frage gestellt. Da es sich aber um einen maximalen Betrag handelt und dieser nur dann ausbezahlt wird, wenn sich die umliegenden Gemeinden ebenfalls beteiligen, wird der Verpflichtungskredit unterstützt. Zudem muss vor der Auszahlung ein definitiver Kostenverteiler bestimmt werden. Thun soll mit gutem Beispiel vorangehen und ein positives Zeichen setzen, damit andere Gemeinden folgen können. Die Fraktion unterstützt die Vorgehensweise des Gemeinderates. Gleichzeitig wird bedauert, dass die regionale Solidarität in finanziellen Fragen nicht immer gegeben ist, wie die Kunsteisbahn zeigt. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten einstimmig zu.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt den Antrag des Gemeinderates, zumal der Bedarf eines Hallenbades nachvollziehbar ist und das Vorprojekt angepasst wurde. Die Stadt Thun wird in absehbarer Zeit keine Gelegenheit für ein neues Hallenbad erhalten. Die Höhe des Verpflichtungskredits von 150'000 Franken ist tiefer als der durch die Bevölkerung gegebene prozentuale Anteil, gleichzeitig aber auch höher als die prozentuale Nutzung des Hallenbades durch die Thuner Bevölkerung. Dadurch erhält der Gemeinderat mehr Verhandlungsspielraum. Mit dem Verpflichtungskredit soll ein Zeichen an die umliegenden Gemeinden gesendet werden. Die Fraktion rechnet mit einer regionalen Solidaritätswelle. Für die Thuner Bevölkerung, einschliesslich Schulen und Vereinen, ist die Erreichbarkeit des Hallenbades von entscheidender Bedeutung. Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr muss dringend verbessert werden.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, findet die Investition finanztechnisch sinnvoller als ein Neubau eines eigenen Hallenbades. Unbestritten ist der Bedarf an gedeckten Wasserflächen in der Region Thun. Es handelt sich um einen grosszügigen Kredit, mit dem aber das richtige Zeichen gesetzt wird. Die Fraktion unterstützt, dass der Betrag erst dann ausbezahlt wird, wenn ein Gesamtkostenteiler vorliegt. Es ist zu hoffen, dass die regionale Zusammenarbeit und Solidarität für das vorliegende Projekt gestärkt wird. Andernfalls würde sich das Sportzentrum Heimberg auf die Bereiche Wellness und Gesundheit konzentrieren,

wodurch eine Schwimmhalle auf dem Gelände nicht mehr möglich wäre. Die Chance soll genutzt werden. Die Erschliessung des Hallenbades und Anbindung an den ÖV müssen zwingend optimiert werden. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten einstimmig.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, informiert über die verbesserungsfähige Erschliessung. Die Fraktion ist an einer Schwimmhalle interessiert, in der sich Leute aus der Umgebung ganzjährig bewegen können. Betreffend Finanzierung wird kritisiert, dass es sich um eine unverhältnismässig hohe Beteiligung handelt, zumal nur ein Viertel aller Eintritte von Thuner Gästen bezahlt wird. Die Beteiligung soll einen Drittel nicht überschreiten. Die Fraktion beantragt eine entsprechende Anpassung des Verpflichtungskredits von maximal 100'000 Franken anstelle von 150'000 Franken. Herr Kestenholz macht darauf aufmerksam, dass im Falle einer Volksabstimmung nur bei einem verhältnismässigen Beitrag realistische Chancen für einen Ausbau bestehen.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) wünscht sich grosses, innovatives und regionales Denken. Es wird bedauert, dass Therapiebecken aufgrund von Sparmassnahmen gestrichen wurden, obwohl das Bedürfnis vorhanden ist. Frau Ernst-Reusser macht darauf aufmerksam, dass Heimberg im Gegensatz zu Thun einen Plan B hat. Auch der Verein Pro Hallenbad unterstützt das Projekt. Es wird positiv hervorgehoben, dass der Projektierungskredit erst dann ausbezahlt wird, wenn ein nachvollziehbarer Kostenverteiler vorliegt und der Gesamtbetrag zusammenkommt. Die FDP folgt dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, unterstützt die Stossrichtung des Geschäfts. Der Ausbau dient den einzelnen Besuchenden und Vereinen. Ob es auch bei den Schulen Bedarf gibt, muss abgeklärt werden. Diesbezüglich müssen der Besucherandrang sowie individuelle Bedürfnisse wie beispielsweise Therapiebecken berücksichtigt werden. Vereine benützen die Anlage in der Regel ausserhalb der Schulzeiten. Frau Krishnanantham weist darauf hin, dass das Schwimmbad Progymatte ab 2021 teilsaniert wird. Die Erreichbarkeit des Hallenbades mit Auto und Fahrrad ist im Gegensatz zum öffentlichen Verkehr gut. Bezüglich Strom wird eine Photovoltaikanlage auf dem Dach vorgeschlagen. Es handelt sich um eine einmalige Investition. Die bisher aufgewendeten Kosten sind verhältnismässig tief. Es wird unterstützt, dass die Stadt Thun zur Realisierung des Projekts Bedingungen stellt wie beispielsweise Kontingente für die SLRG und Thuner Wassersportvereine. Die Interessen der Vereine müssen in Erfahrung gebracht werden. Betreffend öffentlichen Verkehr wird eine Bushaltestelle direkt vor dem Sportzentrum vorgeschlagen. Die heutige Bushaltestelle ist etwa zehn Gehminuten entfernt. Dabei müsste aber auch die STI mitmachen. Im Vergleich zu anderen Bädern sind die Eintrittspreise im Hallenbad Heimberg im oberen Bereich und für viele zu hoch. Diese müssten angepasst werden, damit die Besucherfrequenz erhöht werden kann.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, macht auf das Signal aufmerksam, welches gesendet wird. Es ist nachvollziehbar, warum nur ein kleiner Anteil der Thuner Bevölkerung das Hallenbad besucht. Damit die Bevölkerung mitmacht, ist eine gerechte Kostenteilung wichtig. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bedingung unter Ziffer 2 wohl nicht im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt und nicht verbindlich ist. Eine Beteiligung von 50% ist nicht verhältnismässig.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, beantragt einen kurzen Sitzungsunterbruch nach der Stellungnahme des Gemeinderats.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Gemeinderat Roman Gimmel dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts und die Hinweise aus dem Rat. Betreffend Finanzierung wird darauf hingewiesen, dass nicht von 50% sondern von maximal 50% und somit von der obersten Bandbreite gesprochen wird. Es wird vermutet, dass das Ergebnis der Verhandlungen aufgrund der Eintrittsstatistik auf eine Beteiligung von einem Drittel hinausläuft. In den Verhandlungen wird jede Gemeinde nur das Minimum zahlen wollen. Für Schulen, Vereine und die breite Bevölkerung muss es Vorteile geben. Herr Gimmel hält fest, dass der Gemeinderat mit einer Bandbreite von maximal 150'000 Franken mehr Handlungsspielraum hat.

5 Minuten Sitzungsunterbruch

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, gibt eine Fraktionserklärung ab. Eine Limite von 100'000 Franken ist nicht zielführend. Die maximale Bandbreite von 150'000 Franken soll bestehen bleiben. Den umliegenden Gemeinden soll aber klargemacht werden, dass Thun nicht mehr als 40% der gesamten Projektierungskosten trägt. Die Fraktion stellt einen Änderungsantrag zu Ziffer 2 und beantragt eine maximale Beteiligung von 40% an den Gesamtkosten.

Der Rat lehnt den Änderungsantrag der SP-Fraktion mit 23 : 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, hat Vertrauen in den Gemeinderat und möchte die Obergrenze auf 150'000 Franken belassen. Betreffend Punkt 2 wird darauf hingewiesen, dass nicht 50%, sondern maximal ein Drittel das Ziel ist.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, schliesst sich ihrem Vorredner an. Die Obergrenze soll auf 150'000 Franken belassen werden, wobei ein Viertel bis ein Drittel das Ziel wäre.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, schliesst sich seinen Vorrednern an. Es soll ein Zeichen gesetzt werden.

Der Rat lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/JG mit 22 : 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Februar 2019, **beschliesst**:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von maximal 150'000 Franken als neue Ausgabe zulasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 3422.5650.003 (Bilanzkonto Nr. 14290.20.01) für den Anteil der Stadt Thun am Projektierungskredit der Genossenschaft Sportzentrum Heimberg für das Vorprojekt einer regionalen Schwimmhalle.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den Thuner Beitrag an den Projektierungskredit auszuzahlen, sobald nach seiner Beurteilung ein nachvollziehbarer und gerechter Kostenteiler für das Gesamtprojekt vorliegt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Sitzungsunterbruch von 18.45 - 19.15 Uhr (Apéro in der Rathaushalle)

41. Verein Asyl Berner Oberland

Gewährung einer Solidarbürgschaft im Umfang von 1.7 Mio Franken für die Finanzierung der Integrationsmassnahmen im Asyl- und Flüchtlingsbereich

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2019

Der Stadtratspräsident informiert darüber, dass Gemeinderat Peter Siegenthaler aufgrund Befangenheit in den Ausstand tritt und den Stadtratssaal während der Beratung und Beschlussfassung verlässt. Peter Siegenthaler ist Präsident des Vereins Asyl Berner Oberland.

Gemeinderat Roman Gimmel informiert über die Vorfinanzierung, welche durch den Kanton als neues Kriterium definiert wurde. Für den Verein ABO handelt es sich um eine grosse Hürde. Es hat sich die Frage gestellt, warum keine Direktfinanzierung zwischen der Stadt und dem Verein ABO stattfindet. Diesbezüglich weist Herr Gimmel darauf hin, dass der Verein ABO nie mit einem entsprechenden Vorschlag auf die Stadt zugekommen ist. Erst wenn die Stadt der Solidarbürgschaft zustimmt, kommt es zu einer definitiven Bewerbung. Die Stadt Thun übernimmt dadurch ein entsprechendes Risiko. Im besten Fall fliesst kein Geld zum Verein ABO. Werden die Integrationsziele nämlich zu 100% erreicht, erfolgt eine Rückzahlung durch den Kanton. Im schlechtesten Fall muss die Stadt 1.7 Millionen Franken aus dem Fonds bezahlen, was

tragbar wäre. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Verein ABO im Jahresabschluss 2018 einen Ausgabenüberschuss ausweist. Das Defizit ist insbesondere auf die drastisch zurückgegangene Anzahl an Asylgesuchen zurückzuführen. Im Sinne der Kontinuität wird eine Annahme des Geschäfts empfohlen.

Susanne Gygax, **SAKO Si+So**, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Eine schnelle Abwicklung und Integration in die Arbeitswelt ist wichtig, auch wenn die Asylgesuchszahlen zurückgegangen sind. Der Verein ABO wird durch Gemeinderat Peter Siegenthaler präsiert. Der im Oberland verankerte Verein hat lange auf die Bewerbung hingearbeitet. Frau Gygax erläutert das Geschäft. Es wird darauf hingewiesen, dass der Fonds auch für Andere offen ist. Es wird empfohlen, den Verein ABO aus dem bereits bestehenden Fonds zu unterstützen. Die GEF überprüft die Zahlen auf ihre Richtigkeit. Gleichzeitig müssen Fortschritte ausgewiesen werden. Erst dann fliesst das Geld. Eine Umsetzung von Seiten des Kantons ist erst nach fünf Jahren möglich. Die SAKO stimmt dem Antrag bei einer Enthaltung zu.

Je früher eine Integration stattfindet, desto besser, so Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**. Die Fraktion fordert sowohl die Wirtschaft wie auch die Stadt Thun dazu auf, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Vor allem Arbeiten, welche keine Sprachkenntnisse erfordern, sind gefragt. Die Fraktion spricht sich für den Antrag des Gemeinderates aus.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, unterstützt die geforderten Massnahmen und Ziele. Eine rasche und gut organisierte Eingliederung von Asylsuchenden ist wichtig. Es wird unterstützt, dass ein vertrauenswürdiger Verein dafür zuständig ist, der die Gegebenheiten der Region kennt und effizient arbeiten kann. Das Finanzierungsmodell wird aber kritisiert. Es wird auf die weitreichenden Konsequenzen bei einer Solidarbürgerschaft hingewiesen. Die Bank trägt im Gegensatz zu den Solidarbürgenden kein Risiko. Aus Sicht der Steuerzahlenden wäre es sinnvoller und fairer, das Geld direkt über den Asylfonds und nicht über die Bank zu beziehen. Es muss eine gute Lösung gefunden werden, die für alle Beteiligten tragbar ist. Die Wichtigkeit eines guten Partners wird hervorgehoben. Es geht nicht nur um die Finanzen, sondern um Menschen und deren Zukunft. Mit dem Verein ABO handelt es sich um einen solchen Partner. Die Fraktion unterstützt die Gewährung der Solidarbürgerschaft.

Markus van Wijk (FDP) erläutert das Geschäft. Das Votum von Stadtrat Borter wird unterstrichen. Es wird gehofft, dass das Frühwarnsystem entsprechend effizient und effektiv in Funktion tritt. Die Auswirkungen werden durch die Stadt getragen. Es ist gut und nachvollziehbar, dass die GEF die Rückzahlung von 60% des erreichten Integrationsziels abhängig macht. Es handelt sich um einen Ansporn, das geforderte Ziel rasch möglichst umzusetzen und einzufordern. Da sich der Betrag von 1.7 Millionen Franken nicht auf den Finanzhaushalt auswirkt, stimmt die FDP dem Geschäft zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, schliesst sich Stadtrat Borter an und wünscht dem Verein im Ausschreibungsverfahren viel Erfolg. Es wird kritisiert, dass die Stadt für den Verein bürgt, um Sicherheit für die Bank zu gewährleisten. Die Fraktion wünscht sich, dass die Ursachen für eine Flucht verschwinden und Menschen in Gerechtigkeit und Frieden leben können. Solange Menschen flüchten müssen, sollen sich Asylsuchende möglichst willkommen fühlen und gut integriert werden. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, begrüsst die Teilnahme des Vereins ABO an der Ausschreibung und hofft, dass der entsprechende Zuschlag erhalten wird. Sie kritisiert den Kapitalismus. Bei der ORS als Konkurrentin zum ABO handelt es sich um eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft, bei der nicht das Wohl der Geflüchteten, sondern der eigene Profit im Vordergrund steht. Die Fraktion stimmt der Solidarbürgerschaft zu. Es handelt sich um den einfachsten und besten Weg. Es ist fraglich, ob die sehr ambitionierten Integrationsziele erreicht werden können, da der Sozialbereich von den Sparmassnahmen stark betroffen ist.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, weist darauf hin, dass dem jungen Verein ABO Vertrauen geschenkt werden muss. Die geäusserten ökonomischen Überlegungen werden geteilt. Da sie zurzeit nichts nützen, sollten sie jedoch in den Hintergrund gestellt werden. Es ist fraglich, ob der Verein die hoch gesteckten Integrationsziele erfüllen kann. Diesbezüglich steht die Stadt vor der Herausforderung, den Verein zu unterstützen, zum Beispiel mit Arbeitsplätzen. Die Fraktion sieht Unterstützungsmöglichkeiten und folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, macht darauf aufmerksam, dass es ausschliesslich um Staatsgelder geht. Die Frage nach Privatisierung und Kapitalismus kann in den Hintergrund gestellt werden. Da Private die Solidarbürgschaft nicht übernehmen können, fällt die Aufgabe an den Staat.

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe f Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Februar 2019, **beschliesst**:

1. Gewährung einer Solidarbürgschaft der Stadt Thun vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2028 gegenüber dem Bankinstitut im Umfang von 1.7 Mio. Franken für die Finanzierung der Integrationsmassnahmen im Asyl- und Flüchtlingsbereich des Vereins Asyl Berner Oberland zulasten des Asylfonds (Bilanzkonto Nr. 20920.29.10). Voraussetzung ist das Zustandekommen eines entsprechenden Leistungsvertrages mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (Leistungsvertragsbezeichnung: Regionaler Partner für den Asyl- und Flüchtlingsbereich, Region Berner Oberland).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

42. Interpellation I 1/2019 (dringlich) betreffend die Ausschreitungen "Krieg am Bahnhof Thun" vom 15. Dezember 2018

Peter Aegerter (SVP), SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2019

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist von der Beantwortung nicht befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Gemeinderat Peter Siegenthaler informiert über die schwierige Situation. Seit den Ausschreitungen im Dezember haben diverse Spiele stattgefunden. Diesbezüglich wird auch auf die Ausschreitungen in Sion verwiesen. Im Gemeinderat und in der zuständigen Direktion herrscht eine gewisse Ratlosigkeit. Es ist erfreulich, wenn Thun gut spielt. Gleichzeitig muss Herr Siegenthaler die geltende Rechtsordnung einhalten und somit das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum schützen. Im Fussball gelten offenbar andere Massstäbe. Verletzte Personen werden in Kauf genommen. Sachschäden in der Höhe von 80'000 bis 100'000 Franken bleiben ungedeckt. Von der Mehrheit der Bevölkerung wird dieses Verhalten stillschweigend toleriert. Rund um den Fussball gelten die Normen des Rechtsstaates nicht. So wird in den Extrazügen, oftmals ohne gültigen Fahrschein, randaliert. Trotzdem werden die Fans jedes Wochenende zu den Spielorten geführt. Im öffentlichen Raum werden Feuerwerkskörper gezündet, Liegenschaften versprayt und beklebt. Herr Siegenthaler erinnert an das Hooligankonkordat, welches im Februar 2014 von der Berner Bevölkerung mit einem Stimmenanteil von 78,2% und von den Thunerinnen und Thunern mit 80,25% angenommen wurde. Seither wurde gemeinsam mit dem Abteilungsleiter Sicherheit und der Kantonspolizei versucht, dem Volksauftrag zum Durchbruch zu verhelfen. Der Dialog stand dabei im Zentrum. Herr Siegenthaler stellt fest, dass die Fans das Wort Dialog nur dann verstehen, wenn sie machen können, was sie wollen. Die Stadt Thun stellt der Fangruppierung im Block Süd seit Jahren einen Zivilschutzraum kostenlos zur Verfügung. Bis heute konnten trotz intensivster Bemühungen keine Nutzungsvereinbarungen über den Raum abgeschlossen werden. Die Moderation der Arbeitsgruppe Prävention wurde in dieser Saison durch die Fanarbeit Schweiz übernommen, wodurch die Fans an den runden Tisch zurückgekehrt sind. Herr Siegenthaler wehrt sich gegen den Vorwurf, dass Thun nur repressiv vorgeht. Die massiven und nicht voraussehbaren Ausschreitungen vom 15. Dezember 2018 erforderten zwingend Massnahmen, zumal Menschen verletzt wurden und ein grosser Sachschaden entstand. Seither wurden in der Direktion Si+So unzählige Stunden für die Vor- und Nachbearbeitung der Spiele aufgewendet. Es fanden zahlreiche Gespräche mit den betroffenen Clubs, der Liga, der Kantonspolizei, der BLS und STI sowie mit Einzelpersonen statt. Die Ausschreitungen wurden auch innerhalb der polizeilichen Koordinationsplattform Sport in Fribourg diskutiert. Es wird darauf hingewiesen, dass sich der FC Thun bereits wieder von der gemeinsam erarbeiteten Auflage distanziert hat, obwohl die Kommunikation im Aktionsplan Sicherheit als wichtiger Bestandteil vereinbart wurde. Bei der Verfügung von Zusatzaufgaben kommt es jeweils zu persönlichen und inakzeptablen Äusserungen. Konstruktive Vorschläge kommen nur selten. Nach den Ausschreitungen in

Sion wurden Stimmen laut, dass durchgegriffen werden soll. Herr Siegenthaler macht darauf aufmerksam, dass diese Aufgabe niemand übernehmen möchte. Diesbezüglich wird auf den GC-Präsidenten verwiesen, der von einem radikalen Durchgreifen bei seinen Fans spricht. Die Erfahrung zeigt, dass solche Parolen mit der Zeit stark relativiert werden. Es wird gehofft, dass die Massnahmen aus dem Konkordat nicht nur in Thun, sondern auch in anderen Städten angewendet werden.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und Gemeinderat Siegenthaler für seine eindrücklichen Worte. Die Resignation wird kritisiert, welche aus der Antwort des Gemeinderates hervorkommt. Das vorliegende Geschäft hat nicht zum Ziel, den zuständigen Gemeinderat zu kritisieren. Vielmehr soll die Politik schweizweit aktiv werden. Es stellt sich die Frage, ob eine Verteilung der GC-Fans gemäss den effektiv gekauften Sitzplätzen nicht besser gewesen wäre. Herr Aegerter ist nicht einverstanden damit, dass personifizierte Tickets keine Wirkung zeigen. Die höchste Liga in Italien beweist, dass eine Besserung mit einem gewissen Aufwand möglich ist. Betreffend Frage 4 wird vermutet, dass in etwa gleich viele Polizisten wie Vermummte im Einsatz standen. Es ist fraglich, warum so viele Fans verschwinden konnten und nur ein GC-Fan angehalten wurde. Möglicherweise handelt es sich um die falschen Polizeiaufträge. Der Presse konnte entnommen werden, dass in Bern jüngst 15 Straftäter identifiziert werden konnten. Die Fraktion wünscht sich, dass die Politik auf allen Ebenen aufgeweckt wird. Gleichzeitig wird auch an die Vereine appelliert, die eigenen Fans zur Vernunft zu bringen. Vereine müssen dazu verpflichtet werden, die Stadien mit Mitteln auszurüsten, die eine lückenlose Nachverfolgung von allen Aktivitäten in den jeweiligen Fansektoren zulässt. Die entsprechenden Mittel müssen durch den Verband zur Verfügung gestellt werden. Wer künftig Einlass in einen Fansektor haben möchte, muss mit einem zeitaufwändigeren Kontrollvorgang rechnen. Die Justiz wird dazu aufgefordert, rasch nachziehen. Das oberflächliche Abtasten bei den Eingangskontrollen ist nicht ausreichend. Die Massnahmen und Kontrollauflagen bei den Eingangsbereichen sollen schweizweit geregelt und durchgesetzt werden. Feuerwerkskörper sollen nicht zur heutigen Fankultur gehören. Das Zünden von Pyros muss zwingend zum sofortigen Matchabbruch führen. Die Staatsgewalt muss auch in Stadien aktiv werden. Der Versuch, chaotische Fans mit Gesprächen und Fanarbeit zur Vernunft zu bringen, ist gescheitert. Es braucht eine harte Hand, um Kinder und Erwachsene zu schützen, die aus Freude am Sport an Fussballspiele gehen. Die Fraktion ist der Meinung, dass viel zu lange zugeschaut und schöneredet wurde. Zu viele Steuergelder werden mit falschen Massnahmen verschleudert. Entsprechende Massnahmen müssen auf der Justizebene erarbeitet und umgesetzt werden. Die Mitglieder des Grossen Rates werden dazu aufgefordert, sich bei dem zuständigen Regierungsrat Philippe Müller entsprechend einzusetzen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, weist betreffend Eingangskontrollen auf den gescheiterten Versuch der Stadt St. Gallen hin. Daraus resultierten mehr Gewalt und Zwischenfälle. Aus diesem Grund ist St. Gallen zum Good-Hosting-Konzept zurückgekehrt, welches gut funktioniert. Über die Auswirkung von Pyros kann diskutiert werden. Pyros sind als Stimmungsmacher in Ordnung, nicht jedoch als Waffen. Das Verwenden von Böllern wird verurteilt. Es wird kritisiert, dass den Fans eine zu grosse Macht gegeben wird, wenn das Zünden von Pyros zu einem Spielabbruch führt. Das Hooligankonkordat ist überall ausser in Basel in Kraft. Massnahmen aus dem Hooligankonkordat wie Rayonverbote werden häufig angewendet. Auf andere Massnahmen, wie sie in Thun durchgeführt werden, wird bewusst verzichtet, da sie nicht zielführend sind. Im Endeffekt bringen die Massnahmen bis auf eine Beruhigung der Bevölkerung nichts und verursachen hohe Kosten. Es wird anerkannt, dass der Gemeinderat die Massnahmen des Hooligankonkordats als nicht zielführend erachtet. Gleichzeitig sollen genau diese Massnahmen erhöht werden, wie der Presse zu entnehmen ist. Demnach sind mehr polizeiliche Mittel erforderlich, wenn die Gewaltspirale nicht gestoppt werden kann. Frau Kropf macht darauf aufmerksam, dass die polizeilichen Mittel Teil dieser Gewaltspirale sind. Es wird kritisiert, dass alle Fans in den gleichen Topf geworfen werden und mit Begriffen bis hin zu Krieg und Terror assoziiert werden. Die daraus resultierenden härteren, kollektiven Massnahmen und Strafen führen bei den Fans zum Glauben, dass sie auf der untersten gesellschaftlichen Stufe angekommen sind und nichts mehr zu verlieren haben. Frau Kropf warnt davor, dass härtere Massnahmen zu einer stärkeren Radikalisierung der Szene führen. Die einzige wirkungsvolle und legitime regressive Massnahme ist die strafrechtliche Verfolgung von Einzeltätern mit einer entsprechenden Bestrafung. Eine gewaltfreie Gesellschaft ist eine Illusion, solange es sich um eine kompetitive und kapitalistisch organisierte Welt handelt. Frau Kropf macht darauf aufmerksam, dass es sich bei den Fussballfans um eine Jugendkulturszene handelt, die Freiräume sucht und viele konstruktive und kreative Elemente beinhaltet. Es wird bedauert, dass der Fokus immer nur auf dem Negativen liegt. Zahlreiche wissenschaftliche Fachrichtungen setzen sich mit Jugendgewalt, Jugendszenen und Subkulturen auseinander. Daraus sind zahlreiche Modelle mit

Handlungsempfehlungen entstanden. Diese setzen nicht etwa auf Strafverschärfung oder kollektive repressive Sanktionen, sondern vielmehr auf den Dialog und die gemeinsame Lösungsfindung. Massnahmen werden von der Zielgruppe nur dann akzeptiert, wenn auf Beziehung, Partizipation und Vertrauen gebaut wird. Frau Kropf hebt die hohen Kosten hervor, welche durch die Polizeieinsätze verursacht wurden. Das Geld hätte stattdessen in Fanarbeit und aufsuchende Jugendarbeit investiert werden können. Es wird darauf hingewiesen, dass die Gewalt in den Stadien in den vergangenen 10 Jahren vielerorts aufgrund von Fanarbeit zurückgegangen ist. Bis auf Thun haben alle Deutschschweizer Vereine Fanarbeit. Die von Frau Kropf vorgeschlagene langfristige Strategie wäre kostengünstiger und würde vermutlich bessere Resultate erzielen.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, kann dem Gemeinderat keinen Tipp zur Lösung des Problems geben, möchte ihm jedoch den Rücken stärken. Die Antwort des Gemeinderates war nicht erfreulich, was auf die allgemeine Ratlosigkeit zurückzuführen ist. Es ist bedauerlich, dass die Auflagen keine Wirkung zeigen. Es stellt sich die Frage, ob mehr Repression oder mehr Zusammenarbeit gefragt ist. Um Einzeltäter strafrechtlich zu verfolgen, fehlen gewisse Rechtsgrundlagen. Die Mitglieder des Grossen Rats werden dazu aufgefordert, das Problem an den Kanton weiterzuleiten. Es muss aufgepasst werden, dass nicht nur mit Repression gehandelt wird. Diesbezüglich wird an das Viersäulenkonzept der Drogenpolitik erinnert. Die Fraktion nimmt die Antwort des Gemeinderates mit einer gewissen Ratlosigkeit zur Kenntnis und dankt Gemeinderat Siegenthaler für seinen Durchhaltewillen.

Hanspeter Aellig (FDP) dankt Gemeinderat Siegenthaler für seine Arbeit. Die FDP wünscht sich einen schönen, fairen Sport auf dem Spielfeld mit viel Vorfreude und Feiern. Die nicht tolerierbaren Ausschreitungen, Störungen und Sachbeschädigungen haben die Schmerzengrenze überschritten. Der angekündigte Ungehorsam der Hooligans wird als sehr störend empfunden und muss zwingend bestraft werden. Spielregeln müssen eingehalten werden, damit ein schönes, geordnetes und ruhiges Spiel stattfinden kann. Es ist nicht zielführend, weiter zu polarisieren. Die wenigen Chaoten, welche die Spielregeln nicht befolgen, müssen identifiziert und bestraft werden. Gemeinsam mit allen Partnern müssen Massnahmen erarbeitet und durchgesetzt werden. Die Fraktion unterstützt personifizierte Tickets und elektronische Ausweiskontrollen. Wer nicht Ordnung halten kann, soll keine Spiele besuchen. Herr Aellig informiert über eine Schweizer Firma, welche viele Spiele unterstützt. Eine solche Investition würde sich lohnen, damit die Täterschaft in Zukunft nicht durch Anonymität verschwinden kann. Fehlverhalten muss wehtun. Dafür muss die Täterschaft identifiziert, isoliert und festgenommen werden. Geeignete Massnahmen sowie die dafür nötigen gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen werden. Das Vorgehen in St. Gallen wird nicht als Misserfolg angesehen. Herr Aellig weist darauf hin, dass es keine geschützten Gruppen gibt. Alle unterliegen dem Rechtsstaat. Eine technische Identifizierung wäre möglich, wie Basel zeigt. Allerdings fehlen die gesetzlichen Grundlagen. Die FDP unterstützt alle notwendigen Massnahmen, damit ein sicherer und fairer Fussball auf und neben dem Spielfeld ermöglicht werden kann. Kapitulation ist keine Option.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass Vertrauen erarbeitet werden muss. Dafür nötig ist die Einhaltung von Regeln und Gesetzen. Es wird vor einer Verharmlosung von Pyros gewarnt. Diese sind gefährlich und aus gutem Grund verboten. Die Haltung wird kritisiert, dass die Fans durch die Polizeipräsenz provoziert werden und dadurch Gewalt verursacht wird. Die Polizei hat den gesetzlichen Auftrag, innerhalb ihrer Befugnisse zu kontrollieren und zu handeln. Frau Salzmann macht darauf aufmerksam, dass die Fans etwas dazu beitragen können, damit sie nicht mehr mit den Chaoten in einen Topf geworfen werden. Einerseits können sie sich an die geltenden Gesetze halten und damit ein Vorbild für andere sein. Andererseits können sie dazu beitragen, dass einzelne Chaoten nicht länger verdeckt werden, indem sie sich nicht mehr verummern. Dadurch kann die Täterschaft identifiziert und bestraft werden. Die Fraktion dankt Gemeinderat Peter Siegenthaler sowie dem Abteilungsleiter Sicherheit Reto Keller für ihren Mut, Entscheidungen zu treffen und sichert ihre Unterstützung zu. Es handelt sich um keine einfache Aufgabe, das kostspielige Hooligankonkordanz umzusetzen, zumal man es nie allen recht machen kann.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, informiert über das herausfordernde Alter von jungen Erwachsenen, welches Grenzen und Rahmenbedingungen erfordert. Sowohl die Politik wie auch Vereine müssen dafür sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden. Die Fraktion steht hinter Gemeinderat Siegenthaler und sichert ihre Unterstützung zu. Anarchie in und ausserhalb der Stadien ist nicht erwünscht und soll unterbunden werden.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, verurteilt die Ausschreitungen. Die von Stadträtin Kropf vorgeschlagenen kostengünstigeren Massnahmen dürften mehr Beachtung erhalten. Die Fraktion hat keine Lösung für das Problem. Herr Weber findet es persönlich unverständlich, dass gewissen Personengruppen ein Migrationshintergrund zugewiesen wird, ohne dass Identitätskontrollen durchgeführt wurden.

Alice Kropf (SP) findet es schade, dass viele der von ihr vorgeschlagenen Massnahmen belächelt und als untauglich abgestempelt werden. Sie informiert über den Fanverantwortlichen des FC Thuns, der durch den Dialog, gegenseitiges Vertrauen und eine gute Beziehungsarbeit einige Eskalationen verhindern konnte. Frau Kropf informiert über das Verfahren in St. Gallen, welches sehr schnell wieder verworfen wurde, da es nicht praktikabel war. Die Gefährlichkeit von Pyros bei einer sachgerechten Verwendung wird relativiert. Aus diesem Grund würden die Fans niemanden verraten, der eine Pyro zündet. Frau Kropf kennt die Szene gut und steht in einem engen Austausch mit den Fangruppen. Daraus resultieren sinnvolle Lösungsvorschläge. Es wird kritisiert, dass im Rat teilweise Tipps gegeben werden, ohne dass ein Austausch stattgefunden hat und damit das nötige Wissen vorhanden ist.

Martin Allemann (SP) unterstreicht die Wichtigkeit der Stadt Thun und des Stadtrates. Er verweist auf einen lesenswerten Artikel in der eher bürgerlichen Zeitung 20 Minuten, der die Massnahmen gegen Fan-gewalt beleuchtet. Im Gegensatz zu Stadträtin Kropf ist Herr Allemann gegen die Verwendung von Pyros. Trotzdem ist Repression alleine keine Lösung. Eltern haben nur einen beschränkten Einfluss auf die Auswahl der Peergruppen ihrer Kinder. Es handelt sich um ein gesamtschweizerisches und europäisches, gesellschaftliches Problem. Das Beispiel England zeigt, dass Unterdrückung keine Lösung ist und nur zu einer Verschiebung der Gewalt in die unteren Ligen führt. Es steht nicht zur Frage, dass die gesellschaftlichen Normen aufrechterhalten werden müssen. Herr Allemann zitiert aus dem Zeitungsartikel und weist darauf hin, dass Repression zu einer Gewaltverschiebung führt.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, bittet um eine differenzierte Würdigung der Voten. Es wurde bewusst von sogenannten Fans gesprochen. Der echte Fan hält Regeln ein und hat keinen Grund, sich zu verummnen. Es wird darauf hingewiesen, dass unter mehr Polizeimittel auch technische Mittel verstanden werden. Als Zivilist führt ein falsches Verhalten richtigerweise zu einer Bestrafung. Bei Chaoten, die nicht bereit sind, den Rechtsstaat zu anerkennen, hat die Diskussion keinen Sinn. Herr Aegerter zitiert einen online Kommentar eines ehemaligen Hooligans und zeigt die Haltung von Hooligans auf.

Gemeinderat Peter Siegenthaler nimmt die Voten zur Kenntnis und hält fest, dass kein ultimatives Rezept vorgeschlagen werden konnte. Es ist erstaunlich, dass Stadträtin Kropf trotz dem engen Austausch nicht mehr Wirkung erzielt.

43. Interpellation I 2/2019 (dringlich) betreffend Übernahme der Psychiatrischen Dienste Thun durch das Psychiatriezentrum Münsingen - why change a winning team

Fraktion Grüne vom 18. Januar 2019; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, ist mit der Beantwortung teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, ist erfreut über die Bestätigung, dass es sich in Thun um ein gut funktionierendes Team handelt. In der Antwort des Gemeinderates konnten keine Gründe für eine Auslagerung an das PZM gefunden werden. Die Inhalte der Argumente fehlen in der Antwort. Die Region ist von der Auslagerung betroffen, auch wenn die Stadt Thun nicht dafür zuständig ist. Eine öffentliche Diskussion zum Thema ist deshalb erwünscht. Positiv hervorgehoben wird die Zusammenführung von stationären und ambulanten Diensten und die dadurch verbesserten Schnittstellen. Dieses Argument ist vernachlässigbar, da in Thun vor allem ambulant behandelt wird und die ambulante Psychiatrie im Spital integriert ist. Bei einer Auslagerung ins PZM bleiben die psychiatrischen Dienste zwar im Haus, während die Angestellten und die Geschäftsleitung einen anderen Arbeitgeber haben. Die bisherige eigenständige Abteilung wird zu

einem Filialbetrieb in Münsingen, dessen Regelungen fortlaufend geändert werden können. So kann es auch dazu führen, dass die Räumlichkeiten der psychiatrischen Dienste Thun doch nach Münsingen verlegt werden. Es wird befürchtet, dass das Beziehungsnetz vor Ort durch die Unsicherheiten leidet. Es ist bedauerlich, dass die Betroffenen bisher zu wenig in den Prozess mit einbezogen wurden. Betriebswirtschaftlich gesehen führt das Normkostenmodell der Psychiatrie dazu, dass ambulante Dienstleistungen kaum noch kostendeckend betrieben werden können. Es wird vermutet, dass ambulante Dienstleistungen in der Praxis durch stationäre Dienste quersubventioniert werden, was im Spital Thun nicht möglich ist. Die psychiatrischen Dienste in Thun schreiben zurzeit noch schwarze Zahlen. Mit der Auslagerung wird ein sehr gutes Team abgegeben, wodurch das PZM als Gewinnerin hervorgeht. Herr Hiltpold macht auf die Richtlinien und Empfehlungen des Kantons aufmerksam. So wird im Bereich Psychiatrie eine dezentrale Konzentration in der Grundversorgung vorgeschlagen, wie etwa die Förderung ambulanter, wohnungsnaher Vorsorgeleistungen. Das Thuner Modell entspricht dem vom Kanton empfohlenen zeitgemässen System. Eine Auslagerung widerspricht den Absichten der Gesundheitsplanung des Kantons Berns. Langfristig und gesamtheitlich gesehen macht das anvisierte Modell keinen Sinn. Durch die vermutete Quersubventionierung werden die Gesundheitskosten erhöht. Es soll solange wie möglich auf ambulante Massnahmen gesetzt werden. Es stellt sich die Grundsatzfrage, ob bisher bewährte Strukturen einem willkürlichen Normkostenmodell untergeordnet oder nicht lieber die Interessen der Patientinnen und Patienten in den Vordergrund gestellt werden sollen. Die Fraktion zweifelt an dem Projekt, zumal dessen Umsetzung im Januar 2020 bereits abgeschlossen sein soll. Herr Hiltpold informiert über den Projektleiter der in der Zusammenarbeit von ambulanten und stationären psychiatrischen Diensten eine wichtige Rolle hat. In diesem Zusammenhang wird in Frage gestellt, ob auf eine unabhängige Projektleitung vertraut werden kann. Die fehlende Unabhängigkeit wird kritisiert. Die favorisierte Lösung ist zu wenig durchdacht. Es ist fraglich, ob der Schritt zeitgemäss und für die Region richtig ist. Die Interessen der Patientinnen und Patienten müssen im Vordergrund stehen. Es muss ein echtes Prüfungsverfahren geben. Von den Gemeinde- und Grossräten wird erwartet, sich der Thematik anzunehmen. Auch der Oberländerrat kann die Verantwortung und Interessenswahrung zugunsten der Bevölkerung übernehmen. Die Entscheidung soll nicht dem Verwaltungsrat überlassen werden.

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass ein Vorstossauftrag an die Grossrätinnen und Grossräte wohl zielführender gewesen wäre, zumal das vorliegende Geschäft nicht im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates liegt.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Abklärungen. Die Vorgehensweise stimmt die Mitarbeitenden der psychiatrischen Dienste Thun skeptisch. Es wird befürchtet, dass die Zentralisierung in Münsingen zu mehr stationären Behandlungen führt. Qualifiziertes Personal in diesem Bereich ist nicht einfach zu finden. Von den Verantwortlichen wird erwartet, dass das betroffene Personal bei der Umsetzung mit einbezogen wird und die Qualität der psychiatrischen Dienste in der Region Thun nicht darunter leiden. Die bestehende wohnortnahe, tagesklinische und mobil aufsuchende Versorgung der ambulanten psychiatrischen Notfalldienste des Spitals muss aufrechterhalten, wenn nicht sogar ausgebaut werden. Eine Zentralisierung aufgrund von Sparübungen ist nicht erwünscht. Gemeinde- sowie Grossräte werden dazu aufgefordert, sich gegen eine Zentralisierung auszusprechen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, weist darauf hin, dass der Stadtrat nicht direkt für die Entscheidungen zuständig ist. Ein gut funktionierendes, bevölkerungsnahes und wenig stigmatisierendes Psychiatrieangebot ist wichtig und betrifft den Stadtrat deshalb trotzdem indirekt. Als Fachperson hebt Herr Baumann-Fuchs die bisherige Arbeit der psychiatrischen Dienste Thun positiv hervor. Als Grund für die Auslagerung werden ökonomische Faktoren vermutet, was wenig überraschend und nicht weitsichtig ist. Diesbezüglich wird auf diverse wissenschaftliche Arbeiten und Erfahrungswerte verwiesen. Es handelt sich um eine einseitige Betrachtungsweise. Es wird erwartet, dass in Bereichen, in denen Menschen im Zentrum stehen, deren Betrachtungen mit einbezogen werden.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, konnte keine klaren Gründe für die Überführung finden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Eröffnung von Regionalspitalern keine schlechte Lösung ist. Die Aufenthaltsdauer von Patientinnen und Patienten im Krankenhaus ist heute im Vergleich zu früher kürzer. Ambulante vor stationären Behandlungen scheinen eine moderne Erscheinung zu sein. Der Sozialdienst Thun ist der Meinung, dass es für Thun keine Vorteile bringt, die psychiatrischen Dienste nach Münsingen zu verlegen. Die Problematik der entstandenen Verunsicherungen im personellen Bereich wird hervorgehoben. Die Fraktion

ist bezüglich Zeitplans skeptisch. Da das Projekt nur dann realisiert wird, wenn es für Patientinnen und Patienten einen Nutzen bringt, besteht die Hoffnung, dass das Projekt durch einflussreiche Grossrätinnen und Grossräte verhindert werden kann.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, hebt die positive Arbeit der psychiatrischen Dienste Thun hervor. Als Grossrat erinnert er an den Volksentscheid, die psychiatrischen Dienste zu privatisieren. Es handelt sich daher um Privatinstitutionen, wobei der Kanton als Hauptaktionär lediglich den Verwaltungsrat wählt. Die Entscheidung liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrates. Die Politik hat keinen Einfluss und die geäusserten Wünsche liegen daher auch nicht in der Kompetenz des Grossen Rates. Es steht jedem frei, neben dem Spital ein privates psychiatrisches Ambulatorium zu betreiben. Damit die Politik Einfluss auf die psychiatrischen Institutionen hat, müsste das ganze System rückgängig und von einer privaten zu einer staatlichen Institution umgewandelt werden.

Gemeinderat Peter Siegenthaler teilt viele Einschätzungen von Stadtrat Hiltbold. Herr Siegenthaler weist auf die im Publikum anwesenden Fachpersonen hin. Glaubwürdige Gespräche mit diversen Fachpersonen haben keine grossen Differenzen in der Absicht und der Ausrichtung aufgezeigt. Die Auslagerung wird nur dann vorgenommen, wenn es für die Patientinnen und Patienten gewinnbringend ist. Zudem werden keine Arbeitsplätze verschoben. In Thun wird es einen zusätzlichen Chefarztposten geben. Die Diskussion wird in den Grossen Rat weitergetragen. Es wird an die Auslagerung der psychiatrischen Institutionen aus dem Kanton erinnert und an die Verantwortlichen appelliert, Zugesichertes einzuhalten.

44. Motion M 3/2018 betreffend mehr Mitsprache- und Rechenschaftsrechte für das städtische Parlament

Fraktion der Mitte, Fraktion SVP, Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018; Beantwortung

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, hat die Bedenken des Gemeinderates erstaunt zur Kenntnis genommen. Sie zieht die Motion zurück.

45. Postulat P 28/2018 betreffend Generationenhaus für Thun

Fraktion Grüne vom 15. November 2018; Beantwortung

Seraina Graf, **Fraktion Grüne/JG**, informiert darüber, dass das Hauptquartier des Generationenhauses Bern in Thun liegt. Die positive Zusammenarbeit wird hervorgehoben. Sie selbst engagiert sich aktiv für das Generationentandem. Das Generationenhaus Bern leistet mit seinen Angeboten einen wichtigen sozialen und kulturellen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. So gibt es beispielsweise eine Generationengärtnerei, einen Informations- und Beratungsdienst für alle Generationen sowie Feste und Märkte. Die Räume des Generationenhauses Bern werden teilweise auch vermietet. Die Arbeit zwischen alt und jung ist sehr wichtig und wäre für die Stadt ein grosser Gewinn. Frau Graf weist darauf hin, dass ein Angebot in Thun nicht identisch mit dem Generationenhaus Bern sein muss. Neben kulturellen Anlässen werden Restaurants, Kaffees, Working-Spaces oder neue Wohnformen vorgeschlagen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Die Stossrichtung wurde und wird unterstützt. Es wird an überwiesene Vorstösse erinnert. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und stimmt ohne grosse Emotionen zu.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) informiert, dass die FDP den Vorstoss einstimmig überweist.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, ist von den Überlegungen überzeugt und unterstützt das Postulat einstimmig.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt das Geschäft. Ein Generationenhaus kann nicht einfach geplant und realisiert werden, sondern muss ständig und freiwillig gelebt werden. In Thun gibt es

bereits zahlreiche generationenübergreifende Treffpunkte. In Kirchen und Freikirchen findet innerhalb einer grossen heterogenen Gruppe ein Austausch statt, was als bereichernd empfunden wird. Generationenübergreifende Kontakte werden geknüpft und wertvolle Beziehungen entstehen. Die Fraktion kann sich eine Umsetzung im Rahmen der Freistadt gut vorstellen und nimmt das Postulat an.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, unterstützt das Postulat. Bereits heute kann das Zusammenleben verschiedener Generationen in den Quartieren stattfinden. Nachbarschaftshilfe und ein gegenseitiges Interesse können bereits heute umgesetzt werden. Die Fraktion unterstützt das Postulat in jeder Hinsicht und hofft auf eine baldige Umsetzung.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

46. Postulat P 30/2018 betreffend Erarbeiten des Jugendleitbildes

Alice Kropf (SP), Reto Kestenholz (Grüne), Jonas Baumann (EVP) und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, findet es dringend notwendig, auf die im Postulat erwähnten Defizite und nicht nur auf bestehende Angebote einzugehen. Es soll eine ernsthafte Diskussion der aufgeführten Punkte stattfinden. Der Einbezug der Zielgruppen ist dabei essentiell. Zudem ist es wichtig, dass das Leitbild nach der Erarbeitung nicht in einer Schublade verschwindet.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, befürwortet die Erarbeitung eines Jugendleitbildes. Die Stadt Thun, welche teilweise als Stadt der Alten bezeichnet wird, kann in dem Leitbild bestehende Lücken aufarbeiten. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, weist darauf hin, dass es nicht die Leitbilder, sondern die Menschen sind, welche die Welt verbessern. Im Idealfall kann mithilfe eines Leitbildes eine aufeinander abgestimmte Wert- und Haltungsbasis erarbeitet werden. Es lohnt sich, in die Jugend zu investieren und die Jugendlichen in einer zunehmend komplexen und schnelllebenden Welt zu unterstützen. Den Jugendlichen soll Raum und Aufmerksamkeit gegeben und zugehört werden. Viele gesellschaftliche Entwicklungen zeugen davon, dass möglicherweise zu lange auf das Falsche gesetzt wurde. Die Fraktion freut sich, dass sich der Gemeinderat vertieft Gedanken zu diesem Thema machen möchte.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulats. Gespräche mit verschiedenen Akteuren haben gezeigt, dass nichts gegen eine vertiefte Auseinandersetzung spricht. Für die Zeit nach der obligatorischen Schulzeit, in der sich Jugendliche sehr unterschiedlich entwickeln, herrscht bezüglich Angeboten Handlungsbedarf. Die Fraktion hofft auf eine klare Antwort, ob und wie ein Jugendleitbild in dem Massnahmenplan der Stadt Thun einen Mehrwert bringen kann.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) teilt mit, dass die FDP das Postulat einstimmig annimmt. Analog zum Alters- und Generationenleitbild kann auch ein Jugendleitbild erstellt werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

47. Postulat P 26/2018 betreffend direkte Sportförderung am Modell Grabengut

Fraktion der Mitte vom 25. Oktober 2018; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, hat den Eindruck, dass man sich vor der Fairnessdiskussion fürchtet. Die Antwort des Gemeinderates schiesst deutlich über die Ziellinie hinaus. Es wird kritisiert, dass nichts unternommen wird, um die Situation zu verbessern. Die heutigen Finanzströme sind schwer messbar und sicherlich kein zukunftsgerichtetes Modell. Es wird eine Chance verpasst, durch

Öffnung, Transparenz und Fairness bewusst zu machen, was die Stadt zugunsten des Sportes alles leistet. Die Fraktion folgt mehrheitlich nicht dem Antrag des Gemeinderates.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, möchte keine unnötige Bürokratie und sieht keinen Mehrwert für den Breitensport. Sportarten verursachen unterschiedlich hohe Kosten. Niemand soll ein schlechtes Gewissen haben, weil er sich für eine Sportart mit höheren Kosten entschieden hat. Aus gesundheitlichen Gründen wird unterstützt, wenn die Bevölkerung durch die Sportförderung zu mehr Sport animiert wird. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und lehnt das Postulat ab.

Nicole Krenger (glp) spricht im Namen der Partei. Das Pilotprojekt wird unterstützt. Es handelt sich um ein zukunftsgerichtetes Modell. Es muss Transparenz geschaffen werden, ohne dass einzelne Sportarten geschwächt oder gegeneinander ausgespielt werden. Auch Sparübungen und zusätzliche Aufwände werden nicht angestrebt. Frau Krenger kann gut damit leben, wenn mit Pauschalen gearbeitet wird, die näher an der Kostenwahrheit sind. Die Wichtigkeit von Transparenz wird hervorgehoben. Die Verwaltung muss aufzeigen können, wohin die Steuergelder fließen. Dadurch werden Begründungen und Rechtfertigungen ermöglicht.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) ist der Meinung, dass Sport gefördert werden muss. Über die Art und Weise lässt sich jedoch diskutieren. Es ist unklar, wie eine Sportförderung am Pilotmodell Grabengut aufgezeigt werden kann. Das Postulat wird als nicht zielführend erachtet, da die Sportarten auch in Bezug an die Infrastruktur sehr unterschiedlich sind. Die FDP folgt dem Antrag des Gemeinderates und lehnt das Postulat ab.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, findet die Antwort des Gemeinderates schlüssig und lehnt das Postulat ab.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, findet die Begründung des Gemeinderates nachvollziehbar und lehnt das Postulat ab. Es ist fraglich, ob mit einem verhältnismässigen Aufwand mehr Transparenz geschaffen werden kann. In der SAKO wurde darüber diskutiert, dass auch ehrenamtliche Arbeit schwierig zu beziffern ist. Herr Kestenholz dankt allen Freiwilligen für ihr Engagement in den Vereinen.

Reto Vannini (BDP) folgt dem Gemeinderat und lehnt das Postulat ab. Er macht darauf aufmerksam, dass Informationen zur Sportförderung der Website des Amtes für Bildung und Sport zu entnehmen sind. Diese könnten mit einem geringen Aufwand überarbeitet und verfeinert werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 29 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

48. Interpellation I 21/2018 betreffend Nutzung des Thuner "Küru" (Casino Thun)

SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018; Beantwortung

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, erklärt sich von der Beantwortung befriedigt und wünscht keine Diskussion.

49. Interpellation I 22/2018 betreffend neue Betreiberin für das KKThun ab 2020

Daniela Huber Notter (BDP), Simon Werren (BDP) vom 14. Dezember 2018; Beantwortung

Daniela Huber Notter, **Fraktion glp/BDP**, erklärt sich von der Beantwortung befriedigt und wünscht keine Diskussion.

50. Interpellation I 19/2018 betreffend mehr Augenmass und Pragmatismus statt sturem Beharren auf Formalitäten beim Bauinspektorat

SVP-Fraktion vom 25. Oktober 2018; Beantwortung

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, erklärt sich von der Beantwortung befriedigt und wünscht keine Diskussion.

51. Fragestunde 05/2019 betreffend Baustelle in der Unteren Hauptgasse

Katharina Ali-Oesch vom 19. März 2019; Beantwortung

Die Frage F 05/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

52. Fragestunde 06/2019 betreffend Geschäftssitz der BLS AG

Fraktion Grüne / Junge Grüne vom 19. März 2019; Beantwortung

Die Frage F 06/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

53. Fragestunde 07/2019 betreffend Partizipation der direkt betroffenen Anspruchsgruppen bei der Studie und bei Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Thuner Innenstadt

Franz Schori (SP) vom 19. März 2019; Beantwortung

Die Frage F 07/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

54. Interpellation I 7/2019 betreffend Umgestaltung Viehmarktplatz: Ein Stadtgarten für Thun

Fraktion SVP, Grüne/JG, SP und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019; Dringlichkeit

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, begründet die Dringlichkeit. Da ein Start im Frühling 2020 geplant ist, drohen die Sponsoren abzuspringen.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Fragen auch bei einer regulären Beantwortung noch zeitgerecht beantwortet werden können.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mehrheitlich zu.

55. Postulat P 5/2019 betreffend Beschaffung von dieselbetriebenen Kehrlichfahrzeugen

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019; Dringlichkeit

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, begründet die Dringlichkeit. Das Geschäft läuft bereits und erfordert ein rasches Handeln.

Stadtpräsident Raphael Lanz bestätigt, dass das Geschäft bereits läuft. Das Verfahren kann nicht rückgängig gemacht werden. Die Dringlichkeit wird daher abgelehnt.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, zieht das Postulat zurück.

56. Postulat P 4/2019 betreffend Klimaschutz

Fraktion Grüne/JG, SP, glp/BDP sowie FDP und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019; Dringlichkeit

Franz Schori, **SP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Es handelt sich um den letzten Moment, um Legislaturziele einzugeben.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Legislaturziele gemäss dem festgelegten Zeit- und Aktivitäten Plan bei der Behandlung des Geschäfts bereits verabschiedet sein werden. Die Zeitplanung wiederum ist im Finanzreglement festgelegt. Der Gemeinderat empfiehlt, die Dringlichkeit abzulehnen.

Franz Schori (SP) macht darauf aufmerksam, dass der Klimanotstand Realität ist. Mit dem Vorstoss kann ein Zeichen gesetzt werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz erinnert an einen Vorstoss, der nicht abgeschrieben wurde mit der Begründung, eigentlich etwas anderes damit erreichen zu wollen. Für den Gemeinderat ist es schwierig, den Inhalt des Vorstosses zu interpretieren. Das Dringlichkeitsverfahren ist dafür nicht geeignet. Der Gemeinderat hält sich gerne an die parlamentarischen Grundlagen.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 18 : 17 Stimmen ab.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident macht auf die Einladung zum Weiterbildungsanlass für den Stadtrat betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung 2018 am 20. Mai 2019, 17.15 Uhr aufmerksam.

Der Stadtratspräsident verabschiedet die Protokollantin Laura Erni. (Applaus)

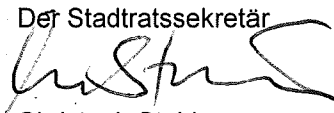
Eingänge

- Interpellation I 7/2019 betreffend Umgestaltung Viehmarktplatz: Ein Stadtgarten für Thun; Fraktion SVP, Grüne/JG, SP und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019 (Dringlichkeit)
- Postulat P 5/2019 betreffend Beschaffung von dieselbetriebenen Kehrlichfahrzeugen; Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019. *Dieser Vorstoss wurde an der Sitzung wieder zurück gezogen.*
- Postulat P 4/2019 betreffend Klimaschutz; Fraktion Grüne/JG, SP, glp/BDP sowie FDP und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019
- Interpellation I 8/2019 zu den staatlichen Beihilfen der Stadt Thun im Zusammenhang mit dem vorliegenden Verhandlungsergebnis zum institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019
- Interpellation I 9/2019 zu den koordinierten Kontrollen in Thuner Barbershops; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019

Der Stadtratspräsident


Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder